



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Niederrhein e.V.

Bericht des Vorstandes

Gunder Heimlich

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach



Liebe Freundinnen, liebe Freunde, vier Jahre nach unserer letzten Bezirkskonferenz und an der Schwelle zur Neuwahl des Vorstandes möchte ich ein letztes Mal in meiner Funktion darstellen, was mir am sozialpolitischen Profil unseres Verbandes am Herzen lag und was die Arbeiterwohlfahrt mit Sicherheit auch in Zukunft leiten wird.

Alle, die sich darauf freuen, jetzt von mir im Detail zu erfahren, was der Bezirksvorstand in den zurückliegenden vier Jahren in seinen zahlreichen Sitzungen beraten und beschlossen hat, muss ich enttäuschen. Ihr könnt dies im Bericht zur Bezirkskonferenz 2011, den Ihr alle mit der Einladung erhalten habt, nachlesen. Er zeichnet ein umfassendes Bild von unseren Anstrengungen und Erfolgen, ohne zu verschweigen, dass wir die eine oder andere Aufgabe nicht bewältigen konnten.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, in Anlehnung an Willy Brandt haben wir das Motto unserer heutigen Konferenz formuliert:

**Mehr
Gerechtigkeit und Solidarität
wagen!**

Ich glaube, Willy Brandt wäre mit diesen und folgenden Ergänzungen seines Aufrufes einverstanden.

Mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität in unserer Gesellschaft sind - da werdet ihr mir zustimmen - nur möglich, wenn wir wieder mehr Demokratie wagen! Ich meine eine Demokratie, die tatsächlich vom Willen des Volkes und nicht allein von Wirtschafts- und Finanzinteressen geprägt ist!

Wenn wir heute mit Griechenland und Italien erleben, dass dieselbe Branche, die die Finanzkrise verursacht hat, die katastrophalen Folgen mit sogenannte Finanz- und Wirtschaftstechnokraten ohne demokratische Legitimation beseitigen soll, weil es die Politik nicht schafft, wird mir Angst und Bange um die Demokratie. Genauso bedenklich für die Demokratie in unserem

Land halte ich die Ernennung eines langjährig exponierten CDU-Politikers als Verfassungsrichter.

Wenn sich seit Jahren Regierungen und Parlamente von der 'Finanzindustrie' leiten und dominieren lassen, dann ist es wieder allerhöchste Zeit, sich an die Forderung nach mehr Demokratie zu erinnern!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Demokratie ist sicherlich nicht die einfachste aller Staatsformen. Und verschiedene Interessensgruppen mögen Demokratie auch unterschiedlich interpretieren. Ich denke aber doch, dass es bei demokratischen Prozessen um Mehrheiten und immer auch um den Willen des Volkes gehen sollte!

Und so steht es im Grundgesetz, an das man in diesen Tagen immer wieder erinnern muss: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Artikel 20, Absatz.1. Und im Absatz 2 steht: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Wenn das so ist, liebe Freundinnen, liebe Freunde:

- Will unser Volk etwa mehrheitlich, dass Armut bei uns in Deutschland, einem der reichsten Länder dieser Erde, seit Jahren zunimmt, ohne dass den gravierenden Folgen dieser Armut - für die Betroffenen und die Gesellschaft - wirksam begegnet würde?
- Wollen wir immer mehr Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen lassen und tatenlos zusehen, wie sie durch unser Bildungssystem - wie in keinem anderen Land in Europa - selektiert und dauerhaft ins soziale Abseits gestellt werden?
- Wollen wir, dass gleichzeitig ein paar ganz Wenige ihren grenzenlosen Reichtum ins Unermessliche vermehren und viele auch noch Millionen an Steuern hinterziehen?

Ich glaube nicht, dass die Mehrheit in diesem Lande möchte, dass die Pflege alter und pflegebedürftiger Menschen aus-

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach



Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.

schließlich von ökonomischen Gesichtspunkten bestimmt wird und Pflegekräfte im Sekundentakt bemessen und im Akkord bewertet werden.

Und ich glaube nicht, dass sich in Deutschland demokratische Mehrheiten dafür erzielen lassen, dass ein Herr Ackermann ein Vieltausendfaches dessen an Einkommen erzielt, was eine Erzieherin oder eine Pflegekraft bekommt, die, wenn sie Pech hat, auch noch alleinerziehend ist, nur in Teilzeit arbeitet und dann nicht einmal von ihrer Hände Arbeit leben kann.

Will eine Mehrheit in unserem Land tatsächlich, dass Steuerhinterziehung über Jahrzehnte hinweg wie ein Kavaliersdelikt behandelt und anschließend mehr oder weniger auch noch amnestiert wird, so wie es die von Finanzminister Schäuble vorgeschlagene Vereinbarung mit der Schweiz vorsieht?

Dem deutschen Staat gehen nach offiziellen Schätzungen jedes Jahr 30 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren.

Ich will diese Beispiele nicht endlos fortsetzen, obwohl das sehr einfach möglich wäre. Einige weitere sind im vorliegenden Bericht zur Bezirkskonferenz zu finden.

Worauf es mir heute ankommt, das ist, für ein Mehr an Demokratie, Beteiligung und Einfluss der Bürgerinnen und Bürger einzutreten, nachdem die Politik der zurückliegenden Jahrzehnte eindeutig und einseitig von Wirtschafts- und Finanzinteressen bestimmt wurde. Sollten Wirtschaft und Finanzmarkt nicht eigentlich im Dienst der Bürger stehen und nicht umgekehrt?

Der von der schwarz-gelben Bundesregierung hoch gelobte 'Freie Markt', der alles regelt wenn man ihm nur alle Freiheiten lässt ist, - wie wir gerade erfahren - eine Legende. Mehr und mehr ist in den Medien von 'entfesseltem Kapitalismus' die Rede. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass dieser sogenannte 'Freie Markt' nichts mit der Realität zu tun hat, dann wurde er spätestens mit der Deregulierung der

Finanzmärkte - an der auch eine rot-grüne Bundesregierung beteiligt war - geliefert. Für die goldenen Nasen, die sich dabei einige wenige verdient haben, bluten heute die Steuerzahler - bei uns, wie in vielen anderen Ländern.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, können wir wirklich noch von Demokratie reden, wenn bei vielen Wahlen weniger als die Hälfte und bei einigen nicht einmal ein Viertel der Wahlberechtigten die Stimme abgibt?

Es gibt eine weitverbreitete Grundstimmung: Egal, wen ich wähle, die Politik folgt dem Mantra der Wirtschaft: Wir brauchen Wachstum! Immer mehr! Immer mehr! Ob Leistungen und Produkte immer schlechter werden, ob Mogelpackungen in den Regalen stehen - alles egal! Was zählt ist der Profit! Und wenn es mal ein paar Prozent weniger sind, sparen wir bei den Kosten, indem wir Mitarbeiter freisetzen. So einfach funktioniert dieser neue globale marktwirtschaftliche Kapitalismus.

Armut? Prekäre Arbeitsverhältnisse? Gesellschaftliche Verantwortung? - Damit hat diese Wirtschaft nichts zu tun! Es ist Aufgabe des Staates, sich um diejenigen zu kümmern, die nicht ihres Glückes Schmied sein können. Und wenn der Staat, nachdem die Bankenrettungsschirme aufgespannt worden sind, noch ein paar Euro übrig hat, dürfen auch ein paar Cent für Schwache und Hilfsbedürftige abfallen. Den Rest übernimmt die stetig zunehmende Zahl an Tafeln und Armenküchen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Werte schaffen in unserer Gesellschaft keinesfalls Banker, die das vollmundig von sich behaupten! Mit unseriösen Kapitalrenditen von 25 Prozent, mit dem Handel von faulen Krediten, mit Leerverkäufen, mit Wetten auf Währungen und Kursverluste und mit Steuertricksereien lassen sich weder dauerhafte Werte schaffen noch sozialer Frieden erhalten!

Gesellschaftliche Werte schaffen dagegen die Altenpflegerin, die sich liebevoll um

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach



Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.

pflegedürftige alte Menschen kümmert, die Kindergärtnerin, die sozial benachteiligten Kindern auf die Beine hilft und der AWO-Ortsvereinsvorsitzende, der einsame Mitbürger aus der Isolation holt.

Tatsächliche Werte für die Entwicklung unseres Gemeinwesens schaffen alle, die sich zum Beispiel in unserem Verband engagieren, nicht aber diejenigen, die sich ihre maßlose Geldgier nach dem bekannten Motto - Gewinne privatisieren - Verluste sozialisieren - auch noch völlig schamlos vom Steuerzahler finanzieren lassen!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, erst vor wenigen Tagen wurde, wie man lesen konnte, der angeblich siebenmilliardste Erdenbürger geboren.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir - wenn wir überleben wollen - nicht nur mehr Demokratie wagen müssen, sondern dies auch noch unter neuen Vorzeichen und vielleicht auch in völlig anderen Strukturen tun müssen. Vor allem aber mit einem neuen Weltbild, losgelöst vom alleinigen Bewertungsmaßstab ständigen quantitative Wachstums.

Artikel 20 a des Grundgesetzes verpflichtet unseren Staat, die natürlichen Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu schützen. Ich kann nicht erkennen, dass diese Verpflichtung zur Zeit Maßstab unseres Handelns wäre!

Wenn wir uns dieser Themen intensiver annehmen, aktiv an der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen mitwirken und in dieser Rolle auch wahrgenommen werden, würde das unserem Verband gut zu Gesicht stehen. Wir würden Anreize schaffen, sich in und mit der AWO auch zu diesen Themen zu engagieren. Warum profilieren wir uns nicht auch mit sozial-ökologisch ausgerichteten Dienstleistungsangeboten, die sowohl bei unseren Adressaten als auch bei den Mitarbeitern verstärkt auf Interesse stoßen würden?

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir perspektivisch andere Formen des Wirt-

schaftens entwickeln müssen, die mehr gesamtgesellschaftliche Werte schaffen.

Ich wünsche mir die AWO noch konsequenter und enger an der Seite derer, die für mehr Demokratie, Beteiligung, Nachhaltigkeit und Vernunft eintreten.

Mehr Zukunft wagen,

wäre dafür wohl das richtige Motto.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wenn es darum geht, mehr Zukunft zu wagen, ist die AWO am Niederrhein ja gar nicht so schlecht aufgestellt. Im Mai 2010 haben wir als erste AWO-Gliederung den offenen Brief an Kanzlerin Merkel mit der Forderung nach der Einführung einer Finanz-Transaktionssteuer unterzeichnet. Und wir haben im Verband dafür geworben, unserem Beispiel zu folgen! Sowohl das Jugendwerk als auch der Bundesverband haben das dann auch getan.

Die AWO am Niederrhein zählt zu den ersten Gliederungen, die nicht nur Berührungspunkte mit den Grünen überwunden, sondern sogar enge und freundschaftliche Kontakte zu ihnen geknüpft haben. Und das schon zu Zeiten, als so etwas für die SPD noch völlig unvorstellbar gewesen ist.

Der eine oder andere erinnert sich vielleicht noch an unsere Konferenz im August 1994 anlässlich des 75-jährigen AWO-Gründungsjubiläums in Solingen? 'Arbeiterwohlfahrt - 75 Jahre für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität', lautete das Motto. Roland Appel, damals Landtagsabgeordneter und Aushängeschild der Grünen in NRW, referierte bei uns über das Thema 'Freiheit'. So etwas wäre zu diesem Zeitpunkt in keiner anderen AWO-Gliederung denkbar gewesen!

Das gilt auch für eine Konferenz zur Zukunft des Sozialstaates genau 10 Jahre später auf Zeche Carl in Essen, bei der attac, ver.di und AWO Seite an Seite auf dem Podium saßen. Grundsicherung war ein zentrales Thema.

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach



Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.

Ich denke, dass sich die AWO am Niederrhein dieses Gespür für zukunftssträchtige soziale Entwicklungen erhält und vielleicht sogar noch weiterentwickelt und weiterhin die Nähe zu Initiativen und Bündnissen sucht, die, wie wir, für mehr Solidarität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft eintreten.

Mehr Bündnisarbeit wagen!

Ver.di war im November 2004 auf Zeche Carl Mit-Veranstalter. Die AWO Niederrhein hatte diese Konferenz u.a. mit attac und ver.di im Bündnis 'Soziale Bewegung NRW' organisiert. Die Erfahrungen zeigen, je breiter solche Bündnisse geschmiedet sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, bei den Medien auf Interesse zu stoßen und in der Folge auch in der Öffentlichkeit und bei den Politikern Gehör zu finden.

Ich kenne natürlich die Vorbehalte bei einigen von uns gegenüber einer Organisation wie ver.di. Wenn die Gewerkschaft Tarifabschlüsse durchsetzt, die unsere Belegschaften spalten, weil sie ver.di-Mitglieder besserstellen als Nicht-Mitglieder, dann halte ich das für ebenso falsch, wie Mitarbeiter am gleichen Arbeitsplatz für die gleiche Arbeit unterschiedlich zu vergüten!

Und ich würde mir wünschen, dass die Vertreter der Gewerkschaften in den Selbstverwaltungsorganen der Pflege- und Krankenkassen mit der gleichen Vehemenz für Pflegesätze eintreten, die eine tarifvertragliche Vergütung der Pflegekräfte problemlos möglich machen, wie wir sie in den Tarifausinandersetzungen mit ver.di erfahren.

Die AWO will nicht nur die Arbeitsplätze der Beschäftigten erhalten, sondern auch nach Tarif vergüten. Aber wie sollen wir das tun, wenn die Kosten nicht refinanziert werden?

Über all diese Konfliktpotentiale und Auseinandersetzungen hinweg halte ich es aber nach wie vor für sinnvoll und wichtig, weiterhin gemeinsam für gemeinsame Ziele zu kämpfen! Sei es gegen die Agenda 2010,

sei es für mehr Steuergerechtigkeit, sei es für die Einführung von Mindestlöhnen, sei es für eine Reform der Pflegeversicherung oder für den Erhalt des Sozialstaates.

Wir haben nur gemeinsam eine Chance, wenn es gilt für veränderte Rahmenbedingungen zu kämpfen, die es zulassen, gute Arbeit mit gutem Geld zu entlohnen, Geringverdienern soviel zu zahlen, dass sie von ihrer Hände Arbeit leben können, ohne auf ergänzende Hilfe vom Staat angewiesen zu sein. Rahmenbedingungen, die es erlauben, Arbeitsbedingungen an den Bedürfnissen der Beschäftigten auszurichten und nicht nur an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien. Und wenn ich diesbezüglich 'gemeinsam' sage, meine ich nicht nur ein Bündnis von AWO und ver.di, sondern eine wesentlich breitere gesellschaftliche Grundlage.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, beim Stichwort 'Bündnisse' darf das 'NRW-Bündnis gegen Armut von Kindern und Jugendlichen' natürlich nicht unerwähnt bleiben. Mit vielen Aktionen, Stellungnahmen, Fachtagungen, Landespressekonferenzen und einem 10-Punkte-Sofortprogramm hat es in den letzten Jahren alle erdenklichen Anstrengungen unternommen, um den Finger immer wieder in eine der schmerzlichsten Wunden unserer Gesellschaft zu legen und bei der Politik Abhilfe einzufordern. Im Bündnis mit dem Kinderschutzbund, dem DGB, der GEW und dem Paritätischen ist es der Landesarbeitsgemeinschaft der AWO in NRW gelungen, das Augenmerk auf die Brisanz dieser Problematik zu richten und der Politik gangbare und finanzierbare Problemlösungen aufzuzeigen.

Wir müssen mehr Bildung und Erziehung wagen!

Das sage ich vor allem vor dem Hintergrund, dass immer mehr Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind. Deshalb sind unsere Familienbildungswerke und

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach



Erziehungsberatungsstellen unverzichtbar. Wir dürfen nicht zusehen, wie Kinder - von klein auf - mit Fastfood vollgestopft und vor dem Fernseher ruhiggestellt werden. Kinder brauchen mehr als Comic-Sendungen und mediale Negativ-Klischees! Kinder brauchen Zuwendung, Anregung und Herausforderungen. Sie brauchen Ansprechpartner und Bezugspersonen, die sich Zeit nehmen, die sie ernst nehmen, die sich kümmern und die ihre Wissbegier stillen und ihren Forschungs- und Bewegungsdrang befriedigen und damit die entscheidenden Grundlagen legen für eine erfolgreiche Schullaufbahn und den Wechsel in das Berufsleben.

Unser Bildungssystem sehe ich dabei in besonderem Maße in der Pflicht, sozial benachteiligte Kinder aufzufangen und verstärkt Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die das Zusammenleben in einer Gemeinschaft fördern. Anforderungen der Wirtschaft dürfen nicht zum alleinigen Maßstab für die Ausbildungsziele der Schulen werden. Kinder haben das Recht ihre jeweils eigene Persönlichkeit entwickeln zu können.

Wir müssen auch mehr Kinderrechte wagen.

Mehr verfassungsrechtlich abgesicherte Kinderrechte sind die Grundvoraussetzung dafür, Kinder und Jugendliche aus der Armut zu holen. Die in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegten Rechte der Kinder auf Schutz, Förderung und Beteiligung müssen in unserem Grundgesetz verankert werden. Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, wenn die Rechte der Kinder mindestens gleichgewichtig zu den Elternrechten in der Verfassung stehen, kann auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz seine präventive Ausrichtung wirkungsvoll entfalten. Diese Zusammenhänge hat die Fachtagung des NRW-Bündnisses gegen Kinderarmut am 6. Oktober in der VHS Düsseldorf eindrucksvoll dargelegt. Für unser NRW-Bündnis

gegen Kinderarmut sollte das ein Ansporn sein, die Anstrengungen zu verstärken und den Druck auf die Bundesregierung zu intensivieren.

Die Bedeutung des dringend erforderlichen Wechsels von kostenintensiver Krisenintervention hin zu verstärkten präventiven Anstrengungen in der Kinder- und Jugendhilfe kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die AWO am Niederrhein hat es - in Kooperation mit der Stadt Monheim am Rhein - vorgemacht, wie es geht. Die Präventionskette 'Mo.Ki - Monheim für Kinder' ist für die Altersgruppen von null bis zehn Jahren bereits in der Praxis erprobt. Den Erfolg dieser Arbeit hat das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik - im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung dieses Projektes - eindrucksvoll bestätigt. Jetzt gilt es eigentlich nur noch, die Präventionskette flächendeckend im ganzen Land umzusetzen.

Unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs ebenso erkannt wie die Chancen, die sich durch mehr Prävention ergeben - für die betroffenen Kinder und Jugendlichen ebenso wie für die Allgemeinheit. Das von ihr vor wenigen Tagen angekündigte Modellvorhaben zur Prophylaxe in der Jugendhilfe wird die Basis bilden für einen flächendeckenden Systemwandel, weg von der Krisenbewältigung und hin zur Vorbeugung.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, bevor ich etwas zum Thema Verband Arbeiterwohlfahrt sage, lasst mich ein paar Sätze zu 'unserer Verwandten', der SPD sagen. Auch wenn sich in den letzten Jahren einiges bewegt hat, so wünsche ich mir von der SPD noch immer eine wesentlich stärkere Profilierung als Partei derjenigen, die nicht den Rahm des Wirtschaftens abschöpfen.

Die Sozialdemokratie sollte sich allen Kräften und Tendenzen, die die Gesellschaft spalten oder die Spaltung der Gesellschaft bewusst in Kauf nehmen, widersetzen. Sie

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach



Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.

darf sich mit einer Zwei-Drittel-Gesellschaft nicht abfinden. Sozialdemokraten sollten nicht zulassen, dass immer mehr Menschen am unteren Ende der Gesellschaft ausgegrenzt werden und die Privilegierten am oberen Ende sich ihrer sozialen Verantwortung entziehen. Alle Menschen, auch die weniger Leistungsfähigen und die nicht Erfolgreichen, haben ein Recht darauf, unter menschenwürdigen Bedingungen leben zu können. Freiheit und Menschenwürde für alle ist ohne staatliche Garantien und Ausgleichsleistungen nicht möglich.

Demokratie lebt von sozialem Frieden, einer funktionierenden Solidargemeinschaft und einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Die letzten Jahrzehnte in unserem Land sind dagegen geprägt von sozialen Gegensätzen, Entsolidarisierung, wachsender Chancenungleichheit und Armut.

Also:

Mehr Sozialdemokratie wagen!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, nach dem Blick über den Tellerrand jetzt aber zur AWO. Ich möchte Euch ermuntern,

wieder mehr Verband zu wagen!

Mehr Arbeiterwohlfahrt im eigentlichen Sinne!

Nur zur Erinnerung: Die AWO wurde gegründet, um Not leidenden Menschen zu helfen, um gesetzliche Rechtsansprüche auf Hilfe durchzusetzen und damit die menschenunwürdige Abhängigkeit von Almosen zu verringern. Die AWO wollte gemäß ihrer Gründungsidee Hilfe zur Selbsthilfe organisieren und nicht Dienstleistungen am Markt positionieren, um in Konkurrenz mit anderen möglichst hohe Renditen zu erwirtschaften selbst, wenn diese an anderer Stelle sinnvoll verwandt werden.

Wenn wir heute - mehr als 90 Jahre nach der Gründung unseres Verbandes -

auch professionelle Kinder- und Jugendarbeit betreiben und selbst unter schwierigen Rahmenbedingungen noch anerkannt gute Pflegeleistungen anbieten, sollten wir das unter Beachtung unserer Grundwerte tun und Mitarbeiter nicht zu Bedingungen beschäftigen, die wir bei anderen kritisieren. Das Unternehmen darf dem Verband nicht schaden!

Wenn wir von der Politik erwarten, dass sie sich nicht von Kapital und Wirtschaft diktieren lässt, welche Entscheidungen zu treffen sind, dürfen wir selbst uns ebenfalls nicht bedingungslos unternehmerischen und betriebswirtschaftlichen Belangen und Entscheidungen unterwerfen. Ich denke, dass Einrichtungen und Dienste der AWO an anderen Maßstäben gemessen werden müssen als Kapitalgesellschaften. Unsere Dienste und Einrichtungen sollten nach wie vor im Dienst des Verbandes Arbeiterwohlfahrt stehen und nicht umgekehrt.

Es ist ja keineswegs so, dass Dienstleistungsangebote der AWO nicht auch vom Verband profitieren würden. Pflege, Kindertageseinrichtungen und vieles mehr unter dem Markenzeichen AWO genießt einen hervorragenden Ruf. Dabei spielt nicht zuletzt auch die Tatsache eine Rolle, dass ehrenamtliches Engagement dazu beiträgt, dass sich Angebote der AWO positiv von denen der Konkurrenz abheben. Und ein Verband AWO, der öffentlich und massiv für eine Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen eintritt, der gegen Einschnitte ins soziale Netz demonstriert und Hilfsbedürftigen aktiv unter die Arme greift, dieser Verband schafft Mitarbeitern Identifikationsmöglichkeiten, wie sie bei anderen Arbeitgebern nicht zu finden sind. Sie tragen dazu bei, Motivation und Leistungsbereitschaft aber auch die Qualität der Arbeit erheblich anzuheben.

Eine Entwicklung weg vom Mitgliederverband AWO hin zu einem reinen Dienstleistungsunternehmen halte ich für den falschen Weg. Diesen Weg würde ich auch

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach



Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.

dann nicht einschlagen wollen, wenn er Möglichkeiten eröffnet, auf Augenhöhe mit privaten Anbietern um Marktanteile zu konkurrieren.

Ich denke, wir sollten auch auf der Ebene der AWO am Niederrhein größere Anstrengungen unternehmen, um unseren Verbandsgliederungen - vom Ortsverein bis zum Bezirksverband - und dem Verbandsleben mehr Gewicht zu verleihen. Wir brauchen mehr Anreize zur AWO zu kommen, Mitglied zu werden und sich für den Verband zu engagieren.

Mehr Verband heißt für mich: mehr Mitglieder, mehr Angebote für Mitglieder, mehr ehrenamtliches Engagement, mehr Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, mehr soziales und sozialpolitisches Engagement und mehr Engagement für diejenigen, die ihre Interessen nicht selbst vertreten können.

Beim Stichwort 'mehr Verband wagen' denke ich natürlich auch an unseren Bundesverband. Zu den positiven Entwicklungen der letzten Jahre zähle ich das Sozialbarometer und die Öffentlichkeitsarbeit. Pressearbeit findet wieder in einem Ausmaß statt, das von den Medien gar nicht übersehen werden kann. Die schwarz-gelbe Bundesregierung liefert ja auch reichlich Anlass, um sich als Arbeiterwohlfahrt positionieren und profilieren zu können.

Was ich mir von der Ebene des Bundesverbandes wünsche ist ein verstärktes Engagement für den Verband Arbeiterwohlfahrt. Das heißt mehr Ideen, Initiativen und Konzepte gegen schwindende Mitgliederstrukturen. Und dabei denke ich nicht an Kampagnen, die mit Agenturen jugendliche Förderer anwerben und die Zahl der Mitglieder vergrößern sollen. Ich wünsche mir Aktivitäten, die für den Verband sozial engagierte Menschen gewinnen, die das Verbandsleben intensivieren.

Ich habe es bereits angedeutet, der Bezirksverband Niederrhein hat diesbezüglich leider kein Patentrezept anzubieten. Wir ha-

ben es auch nicht geschafft, mehr Mitglieder zu gewinnen. Vielleicht bedarf es ja wirklich einer bundesweiten Anstrengung, vielleicht brauchen wir ja eine flächendeckende und alle Gliederungen einbeziehende bundesweite Initiative, um ein Konzept auf die Beine zu stellen, das die Zielsetzungen unseres Verbandes für die Zukunft absteckt und Maßnahmen für den Weg dorthin skizziert. In den zurückliegenden Jahren haben wir uns in einem langen Prozess Gedanken gemacht, in welchen Verbandsstrukturen wir die mit den Unternehmen der AWO verbundenen wirtschaftlichen Risiken von den Ehrenamtlichen fernhalten können. Vielleicht sollten wir uns jetzt einmal - in ähnlicher Form - Gedanken machen, was wir tun müssen und können, damit die AWO als Mitgliederverband erkennbar bleibt und nicht nur noch über ihre Dienstleistungsangebote identifiziert wird.

Zum Schluss will ich noch einmal an das Motto unserer Bezirkskonferenz vor vier Jahren in Hilden erinnern: 'Gemeinsam in die Zukunft'. Wir haben damals eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die ich heute mit

mehr Kooperation wagen

auf den Punkt bringen würde.

Wir hatten Leitlinien für den Bezirksvorstand verabschiedet, die mehr Abstimmung zwischen den Gliederungen der AWO am Niederrhein sicherstellen sollten, um unseren Verband und seine Dienstleistungsangebote flächendeckend am ganzen Niederrhein zu stärken. Wir hatten beschlossen, gemeinsam Mitgliederwerbung zu betreiben. Wir wollten mit einem Solidaritätsfonds sicherstellen, dass einzelne Kreisverbände aufgefangen werden können, wenn sie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

All das ist uns aus verschiedenen Gründen leider nicht gelungen. Ich will heute daran erinnern, dass diese Projekte nichts an Bedeutung verloren haben und vom neuen Vorstand gemeinsam mit den Kreisverbän-

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Niederrhein e.V.

den mit neuem Elan und innerverbandlicher Solidarität noch einmal aufgegriffen werden sollten.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, lasst mich in diesem Bezirkskonferenzbericht für den Vorstand der AWO am Niederrhein noch Dankeschön sagen an alle, die sich in den letzten vier Jahren für unseren Verband engagiert haben. Wenn Ihr unseren gedruckten Bericht zur Bezirkskonferenz 2011 aufschlagt, findet Ihr eine ganze Menge an Beispielen, die belegen, dass wir an vielen Stellen gute und innovative Arbeit geleistet haben und für sozial benachteiligte Menschen eingetreten sind.

Mein Dankeschön geht an erster Stelle an meine Mitstreiter im Bezirksvorstand, die vor vier Jahren in Hilden gewählt worden sind. Das sind meine Stellvertreter und Stellvertreterinnen Karla Brennecke-Roos, Andrea Demming-Rosenberg und Albert

Holzhauser und das sind die Beisitzer und Beisitzerinnen Manfred Dietrich, Rita Ehmanns, Michael Franz, Wolfgang Hammer-schmidt, Sabine Krämer, Hans-Gregor Kremer - dem ich viel Kraft für eine erfolgreiche Genesung wünsche - Christel Prost, Michael Rosellen, Jadranka Thiel und Thomas Zimmermann aus dem Jugendwerk.

Mein besonderer Dank geht an unser aktives Jugendwerk. Weiter so!

Das Dankeschön geht aber auch an alle, die hauptamtlich für den Bezirksverband Niederrhein tätig sind und sich vielfach nicht nur für ihren Arbeitgeber, sondern auch in erheblichem Maße für den Verband Arbeiterwohlfahrt engagieren.

Dem heute zu wählenden Vorstand wünsche ich für seine zukünftige Arbeit viel Erfolg.

Glück auf

Mehr
Gerechtigkeit
und
Solidarität
wagen !

Bezirkskonferenz
26. November 2011

Kaiser-Friedrich-Halle
Mönchengladbach